

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 29. Sitzung

Anfrage 1: 3 Kameras statt 6 am Ziegenmarkt - halbe Sicherheit für den Koalitionsfrieden?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 6. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wer hat das Konzept zur polizeilichen Videoüberwachung am Ziegenmarkt erstellt und von wem wurde dieses Konzept beauftragt?
2. Nachdem nach Presseberichterstattung in dem Konzept dargelegt wurde, dass mindestens sechs Kameras nötig sind, um Tatverdächtige am Ziegenmarkt aus verschiedenen Blickwinkeln beweissicher zu identifizieren und Fluchtwege abzudecken, welche Beweggründe haben den Senat dazu gebracht dennoch nur drei Kameras installieren zu wollen?
3. Nach welchem Auswahlkriterium hat sich der Senat für die drei Kameras entschieden, und welche Auswirkungen hat die Entscheidung statt der empfohlenen sechs Kameras lediglich drei zu installieren auf die Sicherheitslage vor Ort?

Anfrage 2: uni4pali_hb, Communitas.hb und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA): Mittäterschaft an der Verbreitung von Hamas-Propaganda an der Universität Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 6. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Die benannten Gruppen fallen im Zusammenhang mit dem AStA über Jahre mit der Verbreitung von antisemitischer Hamas-Propaganda auf. Zuletzt hat es am 22. Oktober 2025 eine Veranstaltung gegeben, die auf Instagram verbreitet und vom Rektorat geduldet wurde. Welche antisemitischen Verstrickungen (im Sinne der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)) sind dem Senat und dem Rektorat bezüglich dieser Gruppierungen und dem AStA bekannt?
2. Welche (haus-)rechtlichen und finanziellen Mittel stehen dem Senat und dem Rektorat zur Verfügung, um die Verbreitung von antisemitischer Hamas-Propaganda dieser und anderer Gruppierungen zu unterbinden?
3. Aus welchen Gründen haben der Senat und das Rektorat bisher nicht gehandelt beziehungsweise solche Veranstaltungen an der Universität nicht unterbunden?

**Anfrage 3: Industriepolitischer Dialog mit der bremischen Rüstungsindustrie
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion
der CDU
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Seit wann, mit wem, mit welchem Ziel und mit welchem Erkenntnisgewinn führt der Senat einen industriepolitischen Dialog mit den im Land Bremen ansässigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, und wer nimmt seitens des Senats daran teil?
2. Welchen Beitrag können die im Land Bremen ansässigen Unternehmen nach Kenntnis des Senats leisten, um Fähigkeitslücken der Bundeswehr zügig zu schließen?
3. Wer kümmert sich im Senat federführend um die Stärkung und Koordinierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Abfrage militärischer Bedarfe und der Einwerbung von Bundesgeldern zur Ertüchtigung verteidigungsrelevanter Infrastrukturen im Land Bremen?

**Anfrage 4: Wie haben sich die Toto-Lotto Einnahmen im Land Bremen entwickelt?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der
CDU
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die Toto-Lotto-Einnahmen in den letzten drei Jahren im Land Bremen entwickelt?
2. Wie viel Prozent der Gesamteinnahmen sind jeweils in den Bereich Sport geflossen?
3. Wie viel Prozent der Gesamteinnahmen sind jeweils in den Spielerschutz, Spielsuchtprävention und andere gemeinnützige Zwecke geflossen?

Anfrage 5: Sozialleistungsbetrug – Widersprüche zwischen Polizeilicher Kriminalstatistik und Senatsangaben

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie erklärt der Senat, dass laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) in Bremen jährlich 2020 bis 2025 zwischen 68 und 102 Fälle von Sozialleistungsbetrug registriert wurden, der Senat in seinen Antworten auf parlamentarische Anfragen aber wiederholt angibt, es lägen „keine Erkenntnisse“ über entsprechende Verdachtsfälle, Ermittlungsverfahren oder Schadenssummen vor?
2. Wie viele der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fälle betrafen jeweils Leistungen zum Beispiel nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeldrecht, und in wie vielen Fällen wurden die jeweiligen Fachressorts oder Jobcenter über diese Ermittlungen informiert? (Bitte jeweils nach Jahr, Stadtgemeinde, Art der Leistung und Informationsweg zwischen Polizei, Sozialbehörden und Jobcentern aufschlüsseln.)
3. Welche Maßnahmen hat der Senat seit dem Untersuchungsausschuss „Sozialbetrugsverdacht“ 2018 ergriffen, um sicherzustellen, dass polizeiliche Erkenntnisse zum Sozialleistungsbetrug systematisch an die zuständigen Sozial- und Arbeitsbehörden übermittelt und in einem zentralen Lagebild zusammengeführt werden, und warum scheint dies nach wie vor nicht zu funktionieren, wenn gleichzeitig die Polizeiliche Kriminalstatistik regelmäßig Fälle ausweist?

Anfrage 6: Sind Elektrofahrzeuge zum Hafttransport sinnvoll?

**Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 6. November 2025**

1. Welche Reichweitenkapazität haben die neu angeschafften Elektrofahrzeuge für Hafttransporte, und inwieweit sind diese Fahrzeuge für Überstellungen von Häftlingen in entferntere Justizvollzugsanstalten geeignet?
2. Wie viel CO₂ wurde aufgrund des Wechsels von kraftstoffbetriebenen Fahrzeugen auf Elektrofahrzeuge bei den Hafttransporten bisher eingespart?
3. Inwieweit gab es bei den neu angeschafften Elektrofahrzeugen zum Hafttransport künstlerische Gestaltungen an den Fahrzeugen, und welchen Mehrwert hatte diese Maßnahme aus Sicht des Senats?

Anfrage 7: Stand der Instandsetzungsarbeiten am Schießstand der Polizei Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit sind die Instandsetzungsarbeiten an der Raumschießanlage der Polizei Bremen abgeschlossen, wurde die Fertigstellung in der vorgesehenen Zeit umgesetzt, und falls nicht, welche Gründe lagen für eine etwaige Verzögerung vor?
2. Wie haben sich die ursprünglich veranschlagten Kosten in Höhe von rund 800 000 Euro zur Erneuerung der beiden Geschossfänge entwickelt, und welche Kosten sind für die Nutzung des externen Schießstands in der Bremen-Neustadt insgesamt (Stand 15. Oktober 2025) entstanden?
3. Inwieweit besteht die Teilaussetzung des Erlasses über das Schießtraining für den Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen für das Jahr 2025 weiterhin fort, nach der alle Waffenträger der Polizei nur einmal an der Schießfortbildung teilnehmen müssen und welche Auswirkung hat das auf die Einsatzfähigkeit der Bremer Polizisten?

Anfrage 8: Abschiebehaftsachen

**Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 6. November 2025**

1. Wie viele Abschiebehaftsachen wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 bislang jeweils im Land Bremen verhandelt und mit welchem Ausgang (Haftanordnung, Antragsablehnung, Haftverkürzung/Haftaussetzung)?
2. Wie viele Beschwerden wurden gegen diese Beschlüsse in den Jahren 2023, 2024 und 2025 eingelegt mit welchem Ergebnis?
3. Wie viele Unterbringungen in der Abschiebehaft gab es in den Jahren 2023, 2024 und 2025 jeweils und wie viele Rückführungen gab es daraufhin?

Anfrage 9: Plattdeutsch in Bremen: Was tut der Senat für die Regionalsprache?

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche eigenen Impulse und Initiativen zur Niederdeutschförderung hat das Land Bremen seit Gründung des Länderzentrums für Niederdeutsch (LzN) gesetzt und verstetigt?
2. Wie bewertet der Senat die Expertise des Instituts für Niederdeutsche Sprache (INS) und dessen Rolle und Wert für den Schutz der Regionalsprache Niederdeutsch?
3. Inwiefern und unter welchen Bedingungen kann der Senat das Institut für Niederdeutsche Sprache dabei unterstützen, sich attraktiv und zukunftsfähig aufzustellen?

Anfrage 10: Bürokratie in der Eingliederungshilfe abbauen: längere Bewilligungszeiträume bei gleichbleibendem Anspruch

Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 6. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit, die Überprüfung des Leistungsanspruchs für Menschen mit gleichbleibendem Leistungsanspruch künftig in größeren Zeitintervallen vorzunehmen, und welche Entwicklungen gibt es hierzu auf der Bundesebene?
2. Für welche Personengruppen hält der Senat eine Verlängerung des Überprüfungszeitraums für denkbar, und nach welchen Kriterien würde eine entsprechende Differenzierung erfolgen?
3. Wie bewertet der Senat mögliche Entlastungseffekte für Leistungsnehmer:innen und Verwaltung, die sich aus einer Verlängerung des Überprüfungszeitraums ergeben könnten?

Anfrage 11: Späterer Schulanfang/Gleitzeit in Schulen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 6. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Form wurde bisher über die Einführung eines späteren Schulbeginns oder von Gleitzeitmodellen mit Schulen, Schüler:innenvertretungen und Pädagog:innen in Bremen und Bremerhaven gesprochen, und welche Ergebnisse oder Rückmeldungen liegen dem Senat dazu vor?
2. Welche Erfahrungen oder Erkenntnisse gibt es aus bisherigen Testläufen oder Projekten zu einem späteren Schulbeginn, und wie werden diese durch den Senat bewertet?
3. Welche Effekte hat ein späterer Schulbeginn beziehungsweise Gleitzeit auch mit Blick auf die Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die damit verbundene Sicherheit der Schulwege?

Anfrage 12: Nachhaltige Nutzung und technische Betreuung von iPads an Schulen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 6. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie werden Wartung, Reparatur sowie die Bereitstellung der iPads an Schulen in Bremen und Bremerhaven sichergestellt?
2. Was geschieht mit veralteten oder ausgemusterten Geräten, die nicht mehr im Schulalltag verwendet werden können?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, bestimmte Apps und Internetseiten auf den Geräten zu sperren, und wer entscheidet darüber?

Anfrage 13: Fragen zum Bearbeitungsstand im auslaufenden Landesprogramm Heizungstausch

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge für das auslaufende Landesprogramm Heizungstausch sind bis zum 31. August 2025 eingereicht worden, und wie viele sind davon noch in Bearbeitung?
2. Bis wann rechnet der Senat mit der Abarbeitung der eingereichten noch ausstehenden Anträge, damit die Antragsteller entsprechend gegebenenfalls KfW-Förderungen beantragen können?
3. Inwiefern rechnet der Senat damit, dass die veranschlagten Mittel für das Förderprogramm für die bis zum 31. August 2025 eingereichten Anträge auf Förderung ausreichen werden?

Anfrage 14: Wie geht es weiter mit der Transfer- und Innovationsförderung in Bremen nach dem von der CSU-Wissenschaftsministerin verordnetem Aus für die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI)?

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Förderungen durch die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) beziehungsweise das BMBF-Programm DATI-Pilot haben Einrichtungen in Bremen bislang erhalten?
2. Wie werden die bisher im Rahmen des BMBF-Programms DATI-Pilot angestoßenen Förderungen durch die DATI im Land künftig weiter vorangetrieben und finanziert?
3. Welche Pläne gibt es im Land, um nach dem Aus für die DATI insbesondere mit und an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bremen weiter agile Transfer- und Innovationsförderung zu betreiben?

Anfrage 15: Wann bimmelt die Schulglocke? – Zum Unterrichtsbeginn an Bremer Schulen

**Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Schulen beginnt der Unterricht regelmäßig vor oder nach dem regulären Schulbeginn um 8:00 Uhr? (Bitte nach Schulformen aufschlüsseln.)
2. Inwieweit informiert der Senator die Schulen über die Möglichkeit, den Schulbeginn eigenständig später festzulegen?
3. Welche organisatorischen Herausforderungen und welche Vorteile ergeben sich aus Sicht des Senators durch einen späteren Schulbeginn?

Anfrage 16: Studienanfänger:innen im Lehramt Musik an der Universität Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Miriam Strunge, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke
vom 6. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen haben zu den Wintersemestern 2023/2024, 2024/2025 sowie 2025/2026 ein Lehramtsstudium für das Lehramt Musik im Bachelor aufgenommen? (Bitte jeweils nach Lehramtstypen aufschlüsseln.)
2. Werden inzwischen die Kapazitäten im Lehramt Musik ausgeschöpft und falls ja, ist dies auf die im sechsten Bremischen Hochschulreformgesetz veränderte Studienplatzvergabe im Lehramt Musik zurückzuführen?
3. Falls die Studienkapazitäten im Lehramt Musik noch nicht ausgeschöpft werden: mit welchen zusätzlichen Maßnahmen will der Senat die Zahl der Studienanfänger:innen in diesem Fach weiter steigern?

Anfrage 17: Rücknahmepflicht von Pfandflaschen

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Philipp Bruck und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 12. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Welche gesetzlichen Regelungen gibt es für Einzelhändler, um Pfandflaschen beziehungsweise Einwegflaschen zurückzunehmen?
2. Wie werden Kund:innen und Verbraucher:innen über die Rücknahmepflicht von Pfandflaschen informiert, beziehungsweise auch über die Nichtannahme von Pfandflaschen bei Händlern?
3. Wie bewertet der Senat eine Aufklärungskampagne für Verbraucher:innen, zum Beispiel mit Aufklebern und Infoflyern direkt an den Pfandrückgabe-Automaten, um sie aufzuklären, welche Flaschen angenommen werden oder wo Pfand-/Einwegflaschen alternativ zurückgegeben werden können?

Anfrage 18: Liquiditätshilfen für Unternehmen bei Cyberangriffen
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 12. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Cyberangriffe auf Unternehmen im Land Bremen gab es in den vergangenen fünf Jahren (bitte im Vergleich der einzelnen Jahre und jeweils für die Stadtgemeinde Bremen und Bremerhaven), und welche Auswirkungen sind damit einhergegangen?
2. Was hat der Senat in den vergangenen Jahren unternommen, um die Cybersicherheit für Bremer und Bremerhavener Unternehmen zu stärken, und wie wird diese Unterstützung angenommen?
3. Wie bewertet der Senat Liquiditätshilfen für Unternehmen, die von Cyberangriffen betroffen sind, und welche Form der Unterstützung durch die Bremer Aufbau-Bank bietet sich für das Land Bremen an?

Anfrage 19: Wie steht es um die Barrierefreiheit kommerzieller Veranstaltungsorte?
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Bithja Menzel, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 13. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit sind privat betriebene und kommerziell genutzte Veranstaltungsorte (zum Beispiel große Hochzeitssäle oder Veranstaltungshallen) gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet, und welche konkrete Rolle spielen dabei die Bremische Landesbauordnung (BremLBO) und das Bremische Behindertengleichstellungsgesetz (BremBGG)?
2. Welche Möglichkeiten hat das Land Bremen, Besitzer:innen öffentlich zugänglicher privater Veranstaltungsräume zur Nachrüstung und Verbesserung der Barrierefreiheit im Bestand zu motivieren, und welche Instrumente (Förderprogramme, steuerliche Anreize, Beratungsangebote) werden aktuell genutzt oder sind geplant?
3. Wie gewährleistet das Land (insbesondere durch die Bauaufsichtsbehörde) die Überwachung der Barrierefreiheitsstandards bei Neu- und Umbauten sowie im Bestand, und welche konkreten rechtlichen Konsequenzen (zum Beispiel Bußgelder, Nutzungsuntersagungen, Klagemöglichkeiten anerkannter Verbände) drohen Betreiber:innen bei Nicht-Einhaltung?

Anfrage 20: Kann die präventive Schuldnerberatung steigende Fallzahlen und Beratungsbedarfe bewältigen?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 25. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Fälle kann die präventive Schuldnerberatung seit dem Jahr 2021 nach der Erhöhung der Fallpauschalen mit dem vorhandenen Budget jährlich bearbeiten, und inwiefern wurde das Budget nach der, ebenfalls im Jahr 2021 erfolgten Ausweitung der Beratung auf Studenten, Künstler und Solo-Selbstständige erhöht?
2. Welche Wartezeiten für Beratungssuchende hält der Senat für angemessen und hält er die präventive Schuldnerberatung für ausreichend ausgestattet, um steigenden Fallzahlen gerecht zu werden?
3. Durch welche Maßnahmen will der Senat zunehmende Verschuldungsfälle, besonders bei unter 30-Jährigen und bei über 60-Jährigen möglichst verhindern?

Anfrage 21: Hochstufung der Verkehrsverbindung zum Überseehafen

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU

vom 25. November 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Hemmnisse sieht der Senat Bovenschulte derzeit bei der von Bremerhaven gewünschten Hochstufung der nördlichen Verbindung von der Bundesautobahn zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße/Hafentunnel/Cherbourger Straße/Wurster Straße zur Bundesstraße?
2. Mit welchem Zeitplan und welchen konkreten Schritten wird der Senat Bovenschulte den Bremerhavener Wunsch zur Hochstufung verfolgen?
3. Welches Datum strebt der Senat Bovenschulte für die Antragstellung zur Hochstufung an?

Anfrage 22: Bremerhavener AG Leistungsmissbrauch (k)ein Vorbild für Bremen?

**Anfrage der Abgeordneten Sigrd Grönert, Heiko Strohmann, Yvonne Awerwaser, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 25. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen wurde bislang in der Stadtgemeinde Bremen keine behörden-übergreifende Arbeitsgruppe zur systematischen Aufdeckung und Verfolgung von Leistungsmissbrauch analog zur „AG Leistungsmissbrauch“ in Bremerhaven implementiert, obwohl auch in Bremen vergleichbare Fallkonstellationen – insbesondere bei Schulpflichtverletzungen, Meldeverstößen und unklaren Leistungsbezügen – auftreten dürften?
2. Welche organisatorischen, datenschutzrechtlichen oder kompetenzrechtlichen Erwägungen stehen nach Einschätzung des Senats der Einrichtung eines solchen multi-professionellen Gremiums – unter Beteiligung von Schulbehörde, Jobcenter, Sozial- und Ausländerbehörde, Polizei und Familienkasse – entgegen?
3. Welche Kenntnisse liegen dem Senat über die Wirksamkeit und bisherigen Ergebnisse der in Bremerhaven eingerichteten AG Leistungsmissbrauch vor – insbesondere hinsichtlich der Fallzahlen, Rückforderungen, eingeleiteten Verfahren und etwaiger Erkenntnisse zu strukturellen Missbrauchskonstellationen?

**Anfrage 23: Beamte in Gesellschaften mit Beteiligung der öffentlichen Hand
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 26. November 2025**

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 24: Fortführung des Programmes „Demokratie leben!“
Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 27. November 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Arbeit der Beratungs- und Bildungsprojekte im Land Bremen, die vom Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programmes „Demokratie leben“ gefördert werden, im Hinblick auf die Schwerpunkte der aktuellen Förderrichtlinie „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen“?
2. Wie bewertet der Senat die von Ministerin Prien kommunizierten Pläne zur inhaltlichen Neuausrichtung des Programmes, ihre Pläne zu einer neuen Überprüfungspraxis der bisherigen Empfängerorganisationen sowie zu Mittelkürzungen ab 2027?
3. Welche weiteren Schritte – neben dem Beitritt zur Entschließung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat – wird der Senat auf Bundesebene unternehmen zur künftigen finanziellen Absicherung des Programmes und zur Beibehaltung der drei Schwerpunkte Demokratiestärkung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention?

Anfrage 25: Gewaltsuchende Linksextremisten in Gießen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
vom 2. Dezember 2025

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor, dass auch gewaltorientierte Linksextremisten aus Bremen und Bremerhaven an den militanten Protesten gegen die Gründung der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ am 29. November 2025 in Gießen teilgenommen haben?
2. Um wie viele Personen handelte es sich gegebenenfalls konkret, und welche Gruppen und Organisationen aus dem Land Bremen waren dort vertreten?
3. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat in Bezug auf die unter Ziffer 2. erfragten Personen hinsichtlich möglicher Festnahmen und begangener/angezeigter Straftaten vor?

Anfrage 26: Informationen zur Altersversorgung von Beamt:innen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Volker Stahmann, Selin Arpaz,
Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 2. Dezember 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche Informationen erhalten Beamt:innen derzeit über ihre voraussichtliche Altersversorgung, zu welchen Zeitpunkten ihrer Karriere und in welchem Rhythmus erfolgen diese Mitteilungen?
2. Wie schätzt der Senat die Notwendigkeit, den Arbeitsaufwand und den Nutzen ein, Beamt:innen künftig regelmäßig – ähnlich wie Arbeitnehmende – über die Höhe ihrer zu erwartenden Altersversorgung zu informieren?
3. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, inwiefern bessere Informationen zur Altersversorgung die Entscheidung von Beamt:innen über den Zeitpunkt ihres Ausscheidens beeinflussen könnten?

Anfrage 27: Munitionsaltlasten in der Weser
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU
vom 4. Dezember 2025

Wir fragen den Senat:

1. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen dem Land Bremen und dem Bund (zum Beispiel über das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt oder das Bundesverkehrsministerium), um Gefährdungslagen zu erfassen oder zu beseitigen, und in welcher Form ist diese Zusammenarbeit festgeschrieben?
2. Liegen dem Senat Kenntnisse darüber vor, ob und wenn ja, wie viele Munitionsschrott, Waffenschrott oder andere konventionelle und/oder chemische Kampfmittelreste sich im Bereich der Weser innerhalb des Landesgebiets Bremen befinden, und welche Erkenntnisse und Zuständigkeiten im Land Bremen bestehen hinsichtlich möglicher Umwelt- oder und Sicherheitsrisiken durch derartige Altlasten?
3. Wie hat sich das Land Bremen bezüglich des angelaufenen Sofortprogramms „Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee der Bundesregierung positioniert, wenn es um die systematische Erfassung und Beräumung von Munitionsaltlasten in der Nordsee gehen wird, und gibt es dazu Absprachen mit den ebenfalls betroffenen Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen?